

Aus der Arbeit des Gemeinderates Sitzung vom 25.10.2018

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2019 sowie des Entwurfs des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2019

Ein neuerliches Rekordvolumen von 80,5 Mio. Euro weist der Haushaltsplanentwurf der Stadt Bad Rappenau für das Jahr 2019 auf, der in der Gemeinderatssitzung am 25.10.2018 eingebracht wurde. Davon entfallen 61,3 Mio. auf den Verwaltungshaushalt und 19,2 Mio. auf den Vermögenshaushalt. Kreditaufnahmen in Höhe von 6,3 Mio. Euro sind vorgesehen. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B sowie für die Gewerbesteuer sollten unverändert bleiben.

In einer Klausursitzung Anfang November wird der Gemeinderat den Planentwurf eingehend beraten. In der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2018 soll der Haushalt für 2019 dann beschlossen werden.

Die Reden von Oberbürgermeister Sebastian Frei und Stadtkämmerin Tanja Schulz zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs veröffentlichen wir im Wortlaut.

Der komplette Haushaltsplanentwurf 2019 sowie Diagramme und Schaubilder zum Plan können auch online auf der Homepage der Stadt Bad Rappenau abgerufen werden: <https://www.badrappenau.de/buergerservice/rathaus-online/finanzen>

Rede von Oberbürgermeister Sebastian Frei

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte die Gelegenheit der Einbringung des Haushalts für das Jahr 2019 nutzen, um zunächst einen Blick auf die derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse zu werfen. Sodann werde ich auf einige haushaltstechnische Punkte eingehen und Ihnen abschließend die wesentlichen Schwerpunkte unseres Haushaltsentwurfs vorstellen.

Wo stehen wir?

In Deutschland, in Baden Württemberg und auch in Bad Rappenau läuft es wirtschaftlich gut. Noch wichtiger: den hier lebenden Menschen geht es grundsätzlich gut. Wir erleben seit Jahren einen stabilen wirtschaftlichen Aufschwung, der unser Wirtschaftsleben nachhaltig positiv prägt. Löhne, Gehälter, Renten steigen, Unternehmensgewinne und auch die Einnahmen der öffentlichen Hand sprudeln. Das sind gute Nachrichten. Und auch wenn globale Risiken – wie beispielsweise der sich verschärfende Handelskonflikt zwischen der derzeitigen US-Regierung und dem Rest der Welt oder der Klimawandel stets die Möglichkeit eines abrupten Endes dieser positiven Entwicklung bereithalten, sollten wir uns dennoch in Optimismus üben. Schwarzmalerei und Verlustängste haben keine Gesellschaft dieser Welt je weitergebracht. Und die Risiken haben übrigens auch in den zurückliegenden Jahren bestanden, sind aber nicht eingetreten. Wir haben also bei aller Vorsicht – auch mit Blick auf nationale Probleme wie die Dieselthematik oder die Flüchtlingsfrage – allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Natürlich hat die gute wirtschaftliche Ausgangslage auch Nachteile. Diese liegen beispielsweise in der Tatsache begründet, dass die Preise im Bausektor aufgrund der immensen Nachfrage nach Bauleistungen nur noch eine Richtung zu kennen

scheinen, nämlich nach oben. Und hierbei ist die öffentliche Hand mit ihren starren Bindungen an Rechtsvorschriften zur Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen in besonderem Maße betroffen und - ja auch - ein Stück weit ausgeliefert. Für so manche städtische Ausschreibung fand sich in den zurückliegenden Monaten aber ohnehin kein einziger Bieter. Und wenn Angebote vorlagen, dann sprengten diese regelmäßig den vorhergesehenen Kostenrahmen. Selbstredend wirkt sich dies negativ auf unseren städtischen Haushalt aus.

Die gute konjunkturelle Lage hatte aber in den zurückliegenden Jahren einen weiteren – nicht ganz so offensichtlichen – problematischen Einfluss auf die Finanzsituation unserer Stadt. Angesichts von stetig steigenden Einnahmen sah man sich verständlicherweise veranlasst, die vorhandenen finanziellen Spielräume maximal zu nutzen. Sprich: Es wurden immer größere Investitionsausgaben in den Vermögenshaushalt eingestellt. Dies hatte aber zur Folge, dass die Verwaltungskraft der Stadt Bad Rappenau diesem Programm schlicht nicht gewachsen war. Die Fachämter kamen – auch angesichts der angespannten Situation auf dem Bausektor – mit der Abarbeitung des Aufgaben- bzw. Projektkatalogs nicht hinterher. Die Folge haben Sie jedes Jahr aufs Neue gesehen und beschlossen: hohe Haushaltsausgabenreste die sich in einer Art Schattenhaushalt auf nunmehr rund 13 Mio. EUR angehäuft haben. Gemessen an der Verwaltungskraft unseres Rathauses hätte man diesen Rest aus heutiger Sicht eigentlich am jeweiligen Jahresende auflösen und im Haushaltsplan des folgenden Jahres neu einstellen sollen. Dies hat man jedoch nicht getan. Vielmehr hat man die Haushaltsreste - in guter Absicht - unter weiterer Bindung der hierfür eingestellten Mittel belassen und im folgenden Jahr einen wiederum von hohen Investitionsausgaben geprägten neuen Haushalt verabschiedet. Die Konsequenz ist klar: Die auf der Agenda stehenden Projekte türmen sich immer höher und die im neuen Haushalt festgesetzten weiteren Investitionen mussten, da die Ausgabenreste ja bereits durchfinanziert waren, zunehmend unter Rückgriff auf die allgemeine Rücklage sowie durch geplante Kreditaufnahmen buchmäßig finanziert werden. Dies vermittelte angesichts der beschriebenen – eigentlich guten – gesamtwirtschaftlichen Situation den Eindruck, als gehe diese ein Stück weit an Bad Rappenau vorbei. Dies ist nicht der Fall. In Wahrheit ist es so, dass beispielsweise im laufenden Haushaltsjahr 2018 nicht etwa „nur“ 73 Mio. EUR sondern unter Berücksichtigung der Haushaltsausgabenreste über 85 Mio EUR finanziell dargestellt werden mussten. Diese Zahl ist für eine Stadt unserer Größe bei Weitem zu hoch. So existieren seitens der Gemeindeprüfungsanstalt Richtwerte dazu, welche Summen durch die Bauämter einer Stadtverwaltung in der Regel pro Jahr abgearbeitet werden können. Beispielsweise im Bereich des Hochbauamtes geht man dabei von ca. 900.000 EUR pro Technikerstelle aus. Auf der Grundlage von derzeit vier technischen Stellen im Hochbauamt wären das lediglich 3,6 Mio. EUR. Allein die für das Jahr 2019 eingeplanten neuen Hochbaumaßnahmen belaufen sich jedoch auf 6,6 Mio. EUR. Hinzu kommen 1,2 Mio. EUR an allgemeiner Gebäudeunterhaltung im Verwaltungshaushalt sowie die bestehenden Haushaltsreste in Höhe 5,1 Mio. EUR. Im Bereich des Tiefbauamtes stellen sich die Dinge in gleicher Weise dar. Natürlich wollen wir uns ambitionierte Ziele setzen. Aber den Fachämtern war es in den vergangenen Jahren bei allem Engagement selbstredend nicht möglich, die gewünschten und im Haushalt verankerten Projekte vollständig abzuarbeiten. In der Folge kam es zu den veranschlagten Ausgaben zu einem beträchtlichen Teil nicht, mit der Konsequenz, dass sich die finanzielle Ist-Situation der Stadt am Jahresende stets als deutlich besser darstellte, also zuvor geplant. Natürlich konnte man angesichts dieser Umstände auf geplante Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage

bzw. auf die Aufnahme neuer Kredite größtenteils verzichten. Fazit: Bezogen auf unseren Vermögenshaushalt geben wir nicht in erster Linie zu viel aus, wir verplanen zu viel und nehmen uns damit am Ende auch gestalterische Spielräume. Deshalb mussten wir auch in diesem Jahr zur Finanzierung der neuen Vorhaben Kreditaufnahmen in Höhe von mehr als 6 Mio. EUR vorsehen. Vieles spricht angesichts der beschriebenen Umstände dafür, dass wir auch diese Kreditaufnahme wiederum nicht benötigen werden.

Meine Damen und Herren, diesen Mechanismus gilt es zu durchbrechen. Eines sei vorneweg gesagt: Auch der Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 folgt im Grundsatz leider diesem Muster, da ein so gewachsenes System nicht von heute auf morgen verändert werden kann. Bereits im Jahr 2020 wird sich jedoch insoweit aufgrund des dann einzuhaltenden neuen Haushaltsrechts die Sache ein Stück weit ändern. Dieses sieht nämlich die Bildung von Haushaltsresten in dieser Weise nicht mehr vor, sodass nicht abgearbeitete Projekte – will man an ihnen festhalten – im folgenden Haushaltsjahr neu einzuplanen sind. Wir müssen also – so oder so – den Abschied von der bisherigen Art des Haushaltes schaffen und wir sollten bereits im Jahr 2019 erste Schritte unternehmen. Aus Sicht der Stadtverwaltung sollten Projekte, mit deren Umsetzung im Jahr 2019 objektiv nicht zu rechnen ist, nicht nur deshalb in den Haushalt eingestellt werden, um den Willen zur Umsetzung zu signalisieren. Vielmehr sollten sich diese Projekte auf einer allgemeinen Liste wiederfinden und erst dann im Haushalt berücksichtigt werden, sobald ihre Umsetzung sich tatsächlich abzeichnet.

Wodurch zeichnet sich also der von uns erarbeitete Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 thematisch aus? Vier Schwerpunkte möchte ich herausstellen:

Kinderbetreuung, Bildung, Familie und öffentliche Ordnung.

Als größte Einzelbaumaßnahme schlägt der Neubau des Kindergartens Kandel im Jahr 2019 mit 2,5 Mio EUR zu Buche. Hierbei handelt es sich um ein großes, aber nicht um das einzige Projekt aus dem Bereich Kinderbetreuung. Vielmehr ist die Stadtverwaltung bemüht, dem Mehrbedarf an Kinderbetreuungsplätzen durch den Ausbau weiterer Kapazitäten zu begegnen. Neben der Errichtung des Kindergartens Kandel, mit dessen Fertigstellung (hoffentlich) bis Ende des Jahres 2019 zu rechnen ist, werden wir die Kindertagesstätte Zimmerhof um zwei Gruppen erweitern und einen entsprechenden Anbau nach dem Vorbild der in diesem Jahr fertiggestellten Erweiterung des Kindergartens Fürfeld errichten. Selbstverständlich werden hierfür weitere Betreuungskräfte benötigt, sodass es insoweit zu einer nicht unerheblichen Steigerung der Personalkosten kommen wird. Und auch in den konfessionellen Kindergärten werden wir unseren finanziellen Beitrag zu dort erforderlichen Investitionen leisten, im Haushaltsjahr 2019 mit 190.000 EUR. Die Kernzeitbetreuung in Bad Rappenau hat im Zuge der bereits erfolgten Erweiterung der Grundschule mehr Platz erhalten.

Stichwort Schulen: Auch in diesem Bereich möchte die Stadtverwaltung im Jahr 2019 viel Geld investieren. Für die Restarbeiten am Neu- bzw. Umbau der Mensa an der Verbundschule werden voraussichtlich 380.000 EUR benötigt. Ab Mai 2019 wird die Grundschule Bonfeld eine Generalsanierung erfahren. Veranschlagter Kostenpunkt im Haushaltsjahr 2019: 1,6 Mio. EUR. Aber auch an der Grundschule Grombach werden im kommenden Jahr umfangreiche Sanierungsarbeiten stattfinden. Die insoweit benötigten Gelder wurden ebenso in den Haushaltsentwurf eingestellt, wie solche für die Planung der Generalsanierung der Grundschule Obergimpfern, die dann im Jahr 2020 erfolgen soll. An diesen Projekten wird zweierlei deutlich: Zum einen natürlich, dass für die Stadtverwaltung das Thema Bildung einen hohen Stellenwert einnimmt. Die geplanten Projekte zeigen aber auch das klare Bekenntnis

der Stadt Bad Rappenau zu den Grundschulen in unseren Teilorten. Denn nur, wenn die dortige Infrastruktur vorhanden ist und vorhanden bleibt – eben aus städtischer Sicht: Kinderbetreuung und Grundschule – werden die Ortschaften für junge Familien attraktiv bleiben. Und junge Familien bringen bekanntlich Leben und Schwung in unsere Teilorte und sichern auf lange Sicht ihre Existenz.

Stichwort junge Familien:

Bad Rappenau ist mit seinen Teilorten prädestiniert, um als Familie mit Kindern ein gutes Leben zu führen. Die Lebensqualität für Familien wollen wir durch einen gezielten Ausbau und – wo nötig – durch die Sanierung von Spielplätzen im gesamten Stadtgebiet noch steigern. In den kommenden Tagen werden wir eine große Online-Umfrage – unseren sog. „Spielplätze-Check“ – an den Start bringen. Mit diesem wollen wir direkt von den Eltern aber auch von den Kindern hören, was in Sachen Spielplätze in Bad Rappenau noch besser werden kann. Ich rufe daher alle Interessierten dazu auf, sich an dieser Umfrage zu beteiligen. Um die insoweit eingehenden Vorschläge umsetzen zu können, haben wir umfangreiche Mittel in den Haushaltsentwurf eingestellt. Eine Maßnahme möchten wir gerne unabhängig vom Ausgang des Spielplätze-Checks in Angriff nehmen. Im Planentwurf werden Sie Mittel für die Errichtung eines weiteren Spielplatzes in der Kernstadt, nämlich im Bereich zwischen Wimpfener Straße und Bergstraße finden. Dort hatte sich in der Vergangenheit bereits ein Spielplatz befunden. Da sich jedoch die Altersstruktur der im Einzugsbereich lebenden Menschen verändert hatte, wurde dieser Spielplatz irgendwann zurückgebaut. Wir beabsichtigen, an derselben Stelle nunmehr einen neuen Spielplatz zu errichten. Dies vor dem Hintergrund, dass in diesem Wohngebiet mittlerweile wieder viele Familien mit kleinen Kindern leben und dass für diese auf der südlichen Seite der Bahnlinie kein einziger Spielplatz zur Verfügung steht. Was benötigen junge Familien neben Betreuungsangeboten, Schulen und Spielplätzen noch? Wohnraum. Durch die weitere Erschließung mehrerer Neubaugebiete – in der Kernstadt wie in den Teilorten – wollen wir auch und insbesondere jungen Familien eine gute Perspektive zur Errichtung eines Eigenheims schaffen. Deshalb haben wir für die Erschließung und den Landerwerb hinsichtlich der Neubaugebiete Kandel in der Kernstadt und Kobach III in Grombach für das Jahr 2019 erhebliche Mittel vorgesehen.

Als letzten Punkt möchte ich den Bereich Sicherheit und Ordnung in den Blick nehmen. Die Stadtverwaltung beabsichtigt insoweit dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Wunsch nach einer verbesserten Verkehrsraumüberwachung durch die Errichtung von stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen nachzukommen. So wurden im Haushaltsentwurf als Einstieg in diesen Bereich Mittel für die Anschaffung dreier solcher Blitzersäulen eingestellt.

Neben dieser Maßnahme möchten wir gerne eine weitere Personalstelle für den gemeindlichen Vollzugsdienst schaffen. Die derzeit vorhandene personelle Ausstattung mit 3 Vollzugsbediensteten ist für eine Stadt unserer Größe und dazu für eine Flächenkommune unzureichend. Um für Sicherheit und Ordnung auf unseren Straßen und Plätzen zu sorgen, ist eine Aufstockung des insoweit tätigen Personals unabdingbar. Die Bevölkerung fordert regelmäßig engmaschigere städtische Kontrollen ein.

Die Themen Sicherheit und Ordnung sind ohne unsere freiwillige Feuerwehr und den Einsatz aller dort engagierten Frauen und Männer nicht denkbar. Deshalb beabsichtigen wir auch in diesem Bereich für die Anschaffung neuer Gerätschaften und Fahrzeuge aber auch für Feuerwehrgerätehäuser erhebliche Mittel im Jahr 2019 bereit zu stellen. Wo wir gerade beim Thema Feuer sind: Auch im Jahr 2019 werden in städtischen Gebäuden umfangreiche Arbeiten anstehen, um den Brandschutz zu

verbessern. So werden wir beispielsweise im Wasserschloss für 175.000 EUR ein sog. rauchsicheres Treppenhaus verwirklichen. Vorrangig werden wir uns auch um die Verbesserung des Brandschutzes in Schulen bemühen.

Meine Damen und Herren, natürlich habe ich heute nur einen kleinen Teil der beabsichtigten städtischen Aktivitäten herausgestellt. Um all unsere Wünsche und Anliegen umsetzen zu können, benötigen wir aber nach wie vor eine Verbesserung unserer städtischen Einnahmen, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer. Auch wenn sich dort in den zurückliegenden Jahren viel getan hat, hinken wir anderen Kommunen leider noch hinterher. Daher sind wir stets bemüht, weitere Gewerbeflächen zu entwickeln und neue Betriebe nach Bad Rappenau zu holen. Die insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben machen uns dies aber trotz des günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds immer schwerer.

Ich möchte abschließend die Gelegenheit nutzen, um auf weitere Vorhaben der Stadtverwaltung hinzuweisen. Diese sind ausnahmsweise nicht sehr kostenintensiv aber immens wichtig für unser Miteinander in Bad Rappenau. Ab November dieses Jahres werden wir in regelmäßigen Abständen Bürgergespräche in den einzelnen Stadtteilen veranstalten, um mit Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger ins Gespräch zu kommen. Ich lade Sie herzlich ein: Kommen Sie zu diesen Veranstaltungen und scheuen Sie sich nicht, Ihre Anliegen dort zum Thema zu machen. Los geht es am 06.11.2018 in Babstadt und danach am 28.11.2018 in Bonfeld. Die übrigen Termine werden wir auf unserer Homepage und im Mitteilungsblatt veröffentlichen. Wer sein Anliegen nicht in der Öffentlichkeit einer solchen Veranstaltung zur Sprache bringen möchte hat darüber hinaus die Möglichkeit, mit mir persönlich ins Gespräch zu kommen. Bereits ab dem 08.11.2018 werde ich regelmäßig Bürgersprechstunden veranstalten. Auch hierzu lade ich Sie herzlich ein. Bitte melden Sie sich in meinem Sekretariat an, wenn Sie zur Sprechstunde kommen möchten.

Meine Damen und Herren, die von der Stadtverwaltung geplanten und in den Haushaltsplanentwurf eingestellten Maßnahmen dienen unmittelbar der Verbesserung der Lebensqualität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Neben den soeben näher beschriebenen Maßnahmen wird selbstverständlich auch in den Erhalt und den Ausbau von Straßen und Fußwegen sowie in Fahrradwege und insgesamt in die öffentliche Infrastruktur investiert. Der Hochwasserschutz in Babstadt soll insbesondere durch den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens verbessert werden. Aber auch vermeintliche „Kleinigkeiten“ die zwar keine Unsummen verschlingen, den Bürgern aber das Leben an vielen Stellen leichter machen können, werden wir angehen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen, die an der Aufstellung dieses Haushaltsentwurfs mitgewirkt haben. Insbesondere natürlich bei Frau Schulz und ihrem Team aus dem Rechnungsamt aber auch bei den übrigen Amtsleitern. Wir haben in den zurückliegenden Wochen viel und zum Teil heftig diskutiert und es Frau Schulz manchmal nicht einfach gemacht. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Bediensteten der Stadtverwaltung für die im bald auslaufenden Haushaltsjahr 2018 geleistete Arbeit und natürlich an unsere freiwillige Feuerwehr für ihren unermüdlichen Einsatz im Dienste unserer Sicherheit.

Frau Schulz wird Ihnen nun die Einzelheiten unseres Haushaltsplanentwurfs darstellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Rede von Stadtkämmerin Tanja Schulz

„Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst den Dankesworten unseres Oberbürgermeisters Herrn Frei anschließen und mich besonders herzlich bei meinem Team im Rechnungsamt für die tatkräftige Unterstützung bei der Aufstellung des Haushaltsplans bedanken. Vielen Dank auch an meine Amtsleiterkollegen und an Sie Herr Oberbürgermeister Frei. Es stimmt, die Abstimmungen zum Haushaltsplanentwurf waren in diesem Jahr emotional aber letztendlich immer ergebnisorientiert und darauf kommt es an.

Dieses Jahr bringe ich das letzte Mal einen Haushalt in kameraler Form ein. Ab 2020 müssen wir, wie im Übrigen alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt haben. In der Kämmererei weht schon der Wind der Veränderung, der hoffentlich bald alle im Haus erfasst. Das Umstellungsprojekt geht in die heiße Phase. Aber nun lassen Sie mich noch ein letztes Mal die Zahlen in altbewährter Form präsentieren:

<u>Haushaltsvolumen</u>				
	2018	2019	+/-	+/-
	€	€	€	v.H.
Verwaltungshaushalt	55.512.400	61.288.700	5.776.300	10,4%
Vermögenshaushalt	19.025.300	19.208.000	182.700	1,0 %
Gesamtvolumen	74.537.700	80.496.700	5.960.100	8,0 %

Das Haushaltsvolumen übersteigt im Haushaltsjahr 2019 erstmals die 80 Millionen Euro-Marke und beträgt 80.496.700 €.

Der Verwaltungshaushalt steigt um stattliche 5,8 Mio. € auf 61.288.700 €. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Steigerung der Personalausgaben um 1,4 Mio. € und des Verwaltungs- und Betriebsaufwands um 1,8 Mio. €.

Das Volumen im Vermögenshaushalt steigt um 182.700 € auf 19.208.000 €.

Schauen wir uns zunächst einzelne Ausgabearten im Verwaltungshaushalt an:

Entwicklung einzelner Ausgabearten im Verwaltungshaushalt

- in 1000 € -

	2017	2018	2019	Differenz	v.H.
	Ergebnis	Planansatz		2017/2018	
Personalausgaben	10.833	11.835	13.272	+ 1.437	+ 12,14 %

Verwaltungs- und Betriebsaufwand	9.876	10.735	11.853	+ 1.118	+ 10,41 %
Zuschüsse	6.374	7.093	7.251	+ 158	+ 2,23 %
Gewerbsteuerumlage	1.168	1.082	1.163	+ 81	+ 7,49 %
Finanzausgleichsumlage	5.668	6.126	6.225	+ 99	+ 1,61 %
Kreisumlage	7.683	8.316	8.169	- 148	- 1,77 %

* Ohne innere Verrechnungen und kalk. Kosten

Die **Personalkosten** erhöhen sich um 1,4 Mio. € auf fast 13,3 Mio. €. Neben der angenommenen Erhöhung bei der Beamtenbesoldung von 2,5 % und den bereits beschlossenen Tarifierhöhungen für die Beschäftigten von durchschnittlich 3,09 % tragen insbesondere Stellenmehrungen in der Verwaltung und im Bereich der Kinderbetreuung zu dieser Kostensteigerung bei.

Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** steigt im Vergleich zum letztjährigen Ansatz um über 1,1 Mio. €. Um die vorhandenen Gebäude sach- und fachgerecht zu unterhalten wurde der Etat für die Gebäudeunterhaltung in 2019 einmalig wieder von 800.000 € auf 1,2 Mio. € erhöht. Die Mittel für die Unterhaltung im Tiefbaubereich liegen um 90.000 € höher bei jetzt 2,4 Mio. €. Die Ansätze für die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude steigen aufgrund allgemeiner Preissteigerungen ebenfalls um 100.000 €. Außerdem gibt es Kostensteigerungen im EDV-Bereich und im Deckungskreis Feuerwehr.

Die **Zuschüsse** erhöhen sich um 158.000 € auf knapp 7,3 Mio. €. Mit 3,42 Mio. € bezuschussen wir die konfessionellen und freien Kindergartenträger, also 40.000 € mehr als im Vorjahr. Die Zuschüsse an Hochwasserzweckverbände steigen um 20.000 €, der Betriebskostenzuschuss für die Stadtbahn Heilbronn Nord um 25.000 €. Der Zuschuss an die BTB steigt um 97.000 €. Gründe hierfür sind einerseits Einmalkosten für 2019 in Höhe von geschätzten knapp 70.000 € sowie anfallende Kosten für den Betrieb der zweiten Gäste-Information im Bahnhofsgebäude. Der Zuschuss an die KuK sinkt dagegen um 184.400 € auf 1,99 Mio. €. Dies ist bedingt durch sinkende Unterhaltungs- und Betriebskosten des RappSoDie.

Die **Gewerbsteuerumlage** steigt aufgrund der höheren Gewerbesteuereinnahmen. Die **Finanzausgleichsumlage** erhöht sich aufgrund der leicht angestiegenen Steuerkraftsumme um 99.000 € auf 6,2 Mio. €. Die **Kreisumlage** liegt um 148.000 € unter dem Vorjahr bei insgesamt 8,2 Mio. €. Der Kreisumlagehebesatz soll nach dem Haushaltsplanentwurf des Landkreis Heilbronn, der diesen Montag im Kreistag eingebracht wurde, um einen Prozentpunkt von bisher 30 v. H. auf 29 v. H. gesenkt werden. Hoffen wir, dass die Kreisräte dem Vorschlag der Landkreisverwaltung

folgen. Die Absenkung des Kreisumlagehebesatzes entlastet den städtischen Haushalt um 281.600 €.

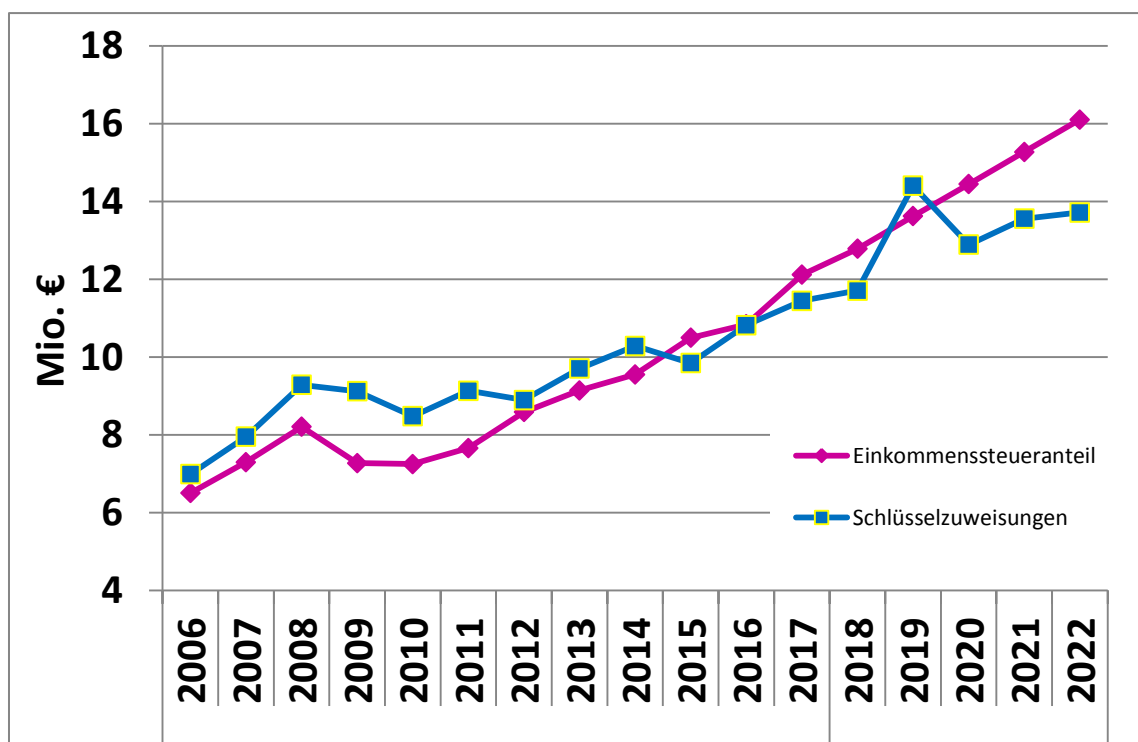
Entwicklung einzelner Einnahmearten im Verwaltungshaushalt

- in 1000 € -

	2017 Ergebnis	2018 Planansatz	2019	Differenz 2018/2019	v.H.
Einkommensteueranteil	12.116	12.781	13.622	+ 841	+ 6,58 %
Schlüsselzuweisungen	11.446	11.708	14.040	+ 2.332	+ 19,92 %
Gewerbesteuer	5.782	6.000	6.500	+ 500	+ 8,33 %
Grundsteuer A + B	3.454	3.345	3.445	+ 100	+ 2,99 %
Vergnügungssteuer	1.590	1.400	1.500	+ 100	+ 7,14 %
Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Zuschüsse*	8.897	8.426	9.369	+ 943	+ 11,19 %

* Ohne innere
Verrechnungen

Entwicklung Einkommenssteueranteil und der Schlüsselzuweisungen



Bislang war der **Einkommensteueranteil** die wichtigste Einnahmeart in Bad Rappenau. Dieser steigt zwar im nächsten Jahr um beachtliche 841.000 € auf nunmehr 13,6 Mio. €, wird aber 2019 von den **Schlüsselzuweisungen vom Land**

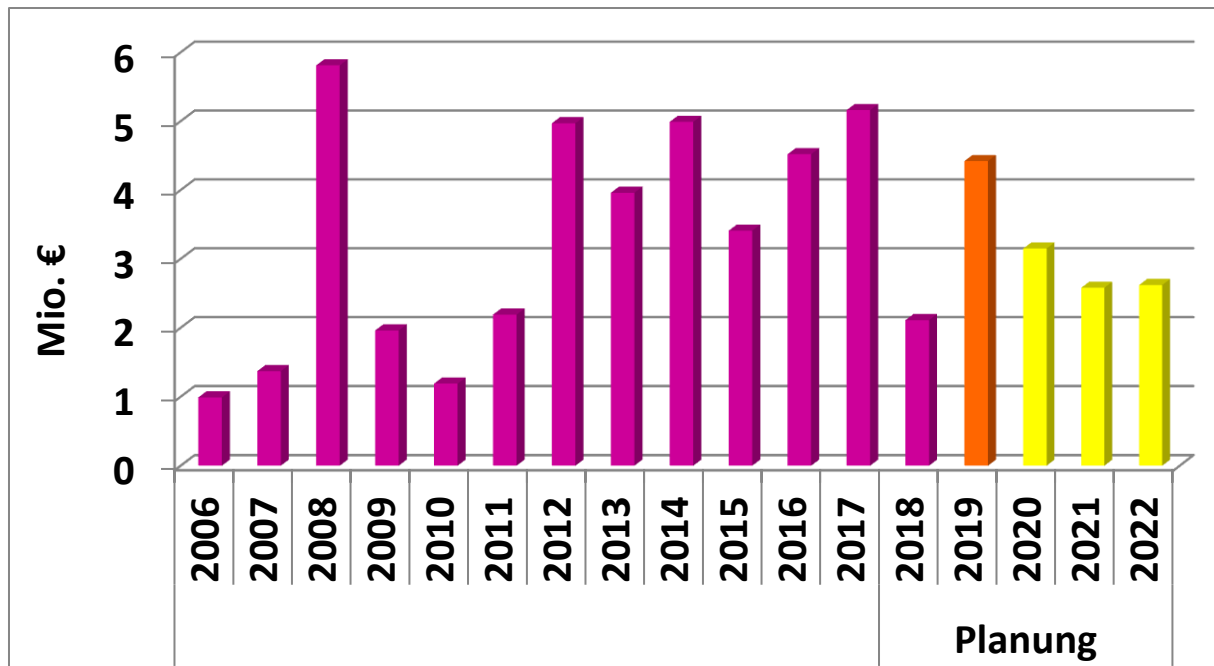
mit insgesamt knapp über 14,0 Mio. € übertrumpft. Wie lässt sich die außerordentliche Steigerung von über 2,3 Mio. € bei den Schlüsselzuweisungen im Vergleich zum Vorjahr erklären? Bemessungsgrundlage für die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen ist die Finanzkraft des Vorjahres, also 2017. Durch den Einbruch der Gewerbesteuer im Jahr 2017 auf 5,8 Mio. € steigt unsere Steuerkraftsumme nicht im gleichen Maße an wie im Vorjahr. Ebenso steigt der Kopfbetrag für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft von 1.319 €/Einw. auf 1.400 €/Einw.. Zu guter Letzt werden über 300 Einwohner mehr als in 2018 zugrunde gelegt. Ein Blick auf die Mittelfristige Finanzplanung zeigt aber, dass die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen ab 2020ff. wieder deutlich unter den Einkommensteueranteil abfallen. Es wird davon ausgegangen, dass die prognostizierte Steuerkraft wieder ansteigt. Durch den Finanzausgleich werden in 2019 insgesamt ca. 3,2 Mio. € mehr erwartet.

Der Hebesatz für die **Gewerbesteuer** wurde zum 01.01.2017 auf 380 v. H. erhöht. Beim Ansatz für die Gewerbesteuer kann aufgrund der derzeitigen Entwicklung von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) ausgegangen werden. Nach dem Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2017 haben sich diese in 2018 wieder erholt. Nach dem Finanzbericht vom 28.06.2018 liegt das Veranlagungs-Soll bei 7,15 Mio. €. Für 2019 steht allerdings ein höherer Rückzahlungsbetrag aus. Der Ansatz für die **Grundsteuer A und B** erhöht sich um 100.000 € aufgrund fortgeschriebener Einheitswerte. Die Hebesätze für die Grundsteuern sind seit 2004 bzw. 2010 konstant.

Der Ansatz für die **Vergnügungssteuer** wird aufgrund der aktuellen Ergebnisse mit 1,5 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau geplant.

Die **Einnahmen aus Gebühren und Zuschüssen** steigen um 943.000 €. Aufgrund der guten Baukonjunktur werden 50.000 € mehr an Baugenehmigungsgebühren erwartet. Bei den Kindergartengebühren und den Gebühren für die Kleinkindbetreuung sind es 241.800 € mehr. Die Landeszuschüsse für die Kindergärten und die Kleinkindbetreuung sind um 392.000 € höher als im Vorjahr.

Entwicklung der Zuführungsrate



Aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs, der uns im Vergleich zum Vorjahr 3,2 Mio. € mehr in die Kassen spült, kann 2019 die höchste Zuführungsrate seit mehr als 10 Jahren eingeplant werden. Ab 2020 fällt die Zuführungsrate wieder, da die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen zurückgehen und im gleichen Zuge die Umlagen steigen. Im kompletten Finanzplanungszeitraum können positive Zuführungsraten erwirtschaftet werden, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung wird immer erreicht. Also alles gut? Nein. Nach wie vor ist die Ertragslage des Verwaltungshaushalts nicht ausreichend um die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen und die anstehenden notwendigen Investitionen mitzufinanzieren. Meine Damen und Herren, dies sage ich Ihnen schon seit 3 Jahren und mein Vorgänger davor hat es genauso gepredigt. In Hochkonjunktur-Zeiten wie diesen müsste die Zuführungsrate noch viel höher sein. Unsere Gewerbesteuererinnahmen entsprechen einfach nicht den stetig steigenden Bedürfnissen einer Großen Kreisstadt, die auch noch als Flächengemeinde die Infrastruktur in 10 Stadtteilen unterhalten muss. Als Kur- und Bäder-Stadt haben wir zudem noch die Unterhaltung der Kur- und Bädereinrichtungen incl. des Kur- und Salinenparks zu finanzieren. Diese binden in 2019 immerhin rund 3,6 Mio. €. Unsere Ausgabenverpflichtungen im Verwaltungshaushalt steigen dynamisch von Jahr zu Jahr. Wären die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich nicht so hoch müssten wir im Haushalt Defizite ausweisen. Mit der Anwendung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) ab 2020 sind auch noch die Abschreibungen voll ergebniswirksam und sollen über laufende Erträge, wie z. B. Steuern und Gebühren ausgeglichen werden. Dann kommen nochmal mehr als 3,0 Mio. € dazu. Sie werden also auch zukünftig von mir zu hören bekommen, dass wir im Verwaltungshaushalt, ab 2020 im Ergebnishaushalt, ein strukturelles Problem haben.

Nun zum Vermögenshaushalt:

Ausgaben Vermögenshaushalt

Baumaßnahmen	10.747.500 €	56,0 %
Vermögenserwerb	7.307.200 €	38,0 %
Gewährte Investitionszuweisungen / -darlehen	724.500 €	3,8 %
Kredittilgung	428.800 €	2,2 %
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0 €	0,00 %
Summe	19.208.000 €	100,00 %

Die Ausgaben für Baumaßnahmen bleiben rekordverdächtig hoch und liegen bei 10,7 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €), für den Vermögenserwerb sind fast 7,3 Mio. € eingeplant. Davon sind 5,95 Mio. € für den Erwerb von Grundstücken in Baulandumlegungsverfahren. Für Investitionszuschüsse- bzw. Darlehen an Dritte sind 724.500 € vorgesehen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahme bzw. Investitionsschwerpunkte:

Wir wollen insgesamt 250.000 € in drei **stationäre Geschwindigkeitsmesssäulen** und zwei Kameras zur Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung investieren. Für **Fahrzeugbeschaffungen im Bereich Feuerwehr** müssen 385.000 € aufgewendet werden. Die letzte Finanzierungsrate für den **Neubau der „Feuerwache Süd“** für die Fusion der Abteilungswehren Bonfeld, Fürfeld und Treschklingen ist mit 550.000 € die drittgrößte Baumaßnahme im Jahr 2019. Damit ist die fast 5,0 Mio. € teure Baumaßnahme gestemmt. Für den **Umbau des Feuerwehrhauses in Obergimpfern** stehen weitere 337.000 € zur Verfügung.

Für erforderliche **Brandschutzmaßnahmen in den Grundschulen** sind insgesamt 292.500 € eingeplant. Für die zweitgrößte Baumaßnahme, die **Erweiterung/Generalsanierung der Grundschule Bonfeld** stehen 1,6 Mio. € bereit. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,1 Mio. €. Die **Grundschule Obergimpfern** muss generalsaniert werden. Hierfür ist eine Planungsrate von 200.000 € vorgesehen. Die Gesamtmaßnahme ist derzeit mit 3,7 Mio. € in der Mittelfristigen Investitionsplanung abgebildet. Der **Neu-/Umbau der Mensa** soll in 2019 abgeschlossen werden. Hierfür sind 380.000 € eingeplant. Damit wurden insgesamt 4,2 Mio. € in die Mensa investiert.

Für **ökologische Ausgleichsmaßnahmen** werden insgesamt 335.000 € benötigt. Für **Brandschutzmaßnahmen im Wasserschloss** sind 175.000 € erforderlich.

Für **Investitionsmaßnahmen verschiedener konfessioneller Kindergärten** ist ein Zuschuss von insgesamt 190.000 € eingestellt. Für den **Neubau des Kindergarten „Kandel“ in Bad Rappenau** sind 2,5 Mio. € vorgesehen, die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,5 Mio. €. Sie stellt damit die größte Baumaßnahme in 2019 dar.

Für die Fortführung der **Sanierung in Bonfeld** werden in 2019 insgesamt 500.000 € bereitgestellt. Maßnahmen im Rahmen der Dorfentwicklung Heinsheim und Obergimpfern werden über Haushaltsausgabereste finanziert. In Baugebiete wird in diesem Jahr kräftig investiert. 200.000 € sind für die **Erschließung des Wohngebiets „Kandel“ in Bad Rappenau**, 230.000 € für die **Erschließung des Wohngebiets „Waldäcker 2. BA“ in Babstadt** und 500.000 € für die **Erschließung des Wohngebiets „Kobach III“ in Grombach** vorgesehen. Für den lang geforderten Ausbau des **Rad- und Fußweges Siegelsbacher Straße – Waldstadion** sind 240.000 € vorgesehen. Die **Sanierung der Salinenstraße** soll 2019 in einem ersten Bauabschnitt beginnen. Hierfür sind 400.000 € eingeplant. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme werden derzeit auf 1,2 Mio. € geschätzt. Für die **Gehwegerneuerung entlang der Bonfelder Straße (B39) in Fürfeld** müssen 260.000 € nachfinanziert werden. Das Starkregenrisiko-Management-Konzept für den Ortsteil Babstadt schlägt als sinnvolle Maßnahme zum Schutz der Ortschaft vor Überflutung durch Starkregenereignisse den Bau des **Hochwasserrückhaltebeckens „Zehn Morgen“** vor. Für die schnellstmögliche Umsetzung wurden 510.000 € in 2019 bereitgestellt.

Für **Ersatz- und Neubeschaffungen des Fuhrparks und der Geräte im Bauhof** stehen 300.000 € bereit. Für die **Fortführung der Modernisierung und Sanierung des Freibades, 2. BA** ist eine weitere Finanzierungsrate von 450.000 € eingestellt. 100.000 € in 2020 kommen dann noch dazu.

Für den **Erwerb von Grundstücken** stehen 5,95 Mio. € bereit.

Diese Ausgaben sollen wie folgt finanziert werden:

Einnahmen Vermögenshaushalt

Darlehen	6.277.900 €	32,7 %
Beiträge	1.640.000 €	8,5 %
Zuschüsse	2.590.700 €	13,5 %
Grundstückserlöse	3.500.000 €	18,2 %
Zuführung vom Verwaltungshaush.	4.417.000 €	23,0 %
Entnahme aus allg. Rücklage	0 €	0 %

Darlehensrückflüsse	782.400 €	4,1 %
Summe	19.208.700 €	100,00%

Der **Verkauf von Grundstücken** aus dem Gewerbegebiet „Kreuz-Obern-Tor“ und aus den Neubaugebieten „Waldäcker“ und „Geisberg II“ wird uns – so hoffe ich – Einnahmen in Höhe von 3,5 Mio. € einbringen. An **Beiträgen, Zuschüssen und Darlehensrückflüssen** fließen knapp 5,0 Mio. € dem Vermögenshaushalt zu. Der **Verwaltungshaushalt** steuert zur Finanzierung der Investitionen insgesamt 4.417.000 € bei. Da die **Allgemeine Rücklage** bereits zum Beginn des Jahres 2019 bis auf die Mindestrücklage geschröpft wurde kann diese nichts zur weiteren Finanzierung beitragen. Daher ist eine **Kreditaufnahme** von fast 6,3 Mio. € erforderlich.

Entwicklung der Schulden

	<u>-in 1.000 €-</u>
voraussichtlicher Stand am 31.12.2018	4.307
voraussichtliche Kreditaufnahme 2018:	516
geplante Kreditaufnahme 2019	+ 6.278
geplante Tilgungen 2019	- 429
<hr/>	
voraussichtlicher Darlehensstand zum 31.12.2019	10.674

Davon ausgehend, dass 2018 nur ein Kredit in Höhe von 515.700 € aufgenommen werden muss – ursprünglich war eine Kreditaufnahme in Höhe von 6,4 Mio. € geplant – wird sich der Darlehensstand unter Berücksichtigung der neuen Kreditermächtigung in Höhe von knapp 6,3 Mio. € und der planmäßigen Tilgungen in Höhe von 429.000 €, zum Ende des Jahres 2019 auf 10,7 Mio. € erhöhen.

Entwicklung der Rücklagen

	<u>-in 1.000 €-</u>
Allgemeine Rücklage zum 31.12.2017	7.450
voraussichtliche Entnahme 2018	- 6.300
geplante Entnahme 2019	- 0
Zwischensumme	1.150
<hr/>	
gesetzliche Mindestrücklage verbleiben	1.084 66

Nach dem Finanzbericht 2018 vom 28. Juni kann aufgrund der Verbesserungen 2018 und des höheren Rücklagenstands Ende 2017 auf eine Kreditaufnahme weitestgehend verzichtet werden. Das Finanzierungsdelta muss dann über einen prognostizierte Rücklagenentnahme von voraussichtlich 6,3 Mio. € finanziert werden. Da bereits zum Jahresanfang 2019 der Rücklagenbestand mit 1,15 Mio. € nur knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage liegt, ist eine Rücklagenentnahme zur Finanzierung unserer Investitionen in 2019 nicht möglich.

In wirtschaftlich guten Zeiten wie diesen, sollte es uns eigentlich gelingen, ein Rücklagenpolster für schlechtere Zeiten aufzubauen, denn die schlechteren Zeiten kommen gewiss. Wenn wir dann keine Rücklagen gesammelt haben, wird es Einschnitte geben müssen: im laufenden Betrieb und bei notwendigen Investitionen.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsplan wird auch der **Wirtschaftsplan** des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ eingebracht.

Entwicklung des Planvolumens

	2018	2019	+ / -	v.H.
	€	€	€	
Erfolgsplan	5.301.600	5.391.800	+ 90.200	+ 1,70 %
Jahresergebnis	- 587.900	- 552.800		
Vermögensplan	8.151.100	8.041.100	- 110.000	- 1,35 %
Gesamtvolumen	13.452.700	13.432.900	- 19.800	-0,15 %

Das Volumen des Erfolgsplans beträgt 5,4 Mio. €. Dabei wird von einem Jahresverlust von 552.800 € ausgegangen. Der Verlust aus dem laufenden Betrieb wird durch die Auflösung der gebührenrechtlichen Rückstellungen in gleicher Höhe ausgeglichen, so dass handelsrechtlich weder ein Gewinn noch ein Verlust ausgewiesen wird.

Das Volumen im Vermögensplan liegt abermals über 8 Mio. € (8.041.100 €).

Größte Maßnahmen Vermögensplan 2019

Ansatz 2019

Ertüchtigung Kläranlage Rappenau **990.000 €**

▪ Kanalsanierung B 39, Fürfeld	730.000 €
▪ Kanalsanierung Grombacher Straße (K 2043), Obergimpfern	700.000 €
▪ Kanalsanierung Salinenstraße, Bad Rappenau	600.000 €
▪ Kanalsanierungen Ortskern Bonfeld	560.000 €
▪ Erschließung Baugebiet Kandel, Bad Rappenau	510.000 €
▪ Erschließung Baugebiet „Kobach III“, Grombach	400.000 €
▪ Bypass Bonfelder Straße zur Schloßbergstraße, Fürfeld	350.000 €

Die größte Maßnahme ist die weitere **Ertüchtigung der Kläranlage Mühlbachtal** mit 990 TEuro. Im Zuge der Fahrbahnerneuerung in der **Ortsdurchfahrt Fürfeld** wird auch der Kanal ausgetauscht und Richtung Ortsausgang Bonfeld verlängert (730 TEuro). Daneben stehen weitere **Kanalsanierungen** an: in der **Grombacher Straße** in Obergimpfern (700 TEuro), in der **Salinenstraße** in Rappenau (600 TEuro) und im **Ortskern Bonfeld** (560 TEuro). Die Erschließung des **Wohngebietes „Kandel“** im Kernort soll 2019 abgeschlossen werden (510 TEuro) und in Grombach soll das **Wohngebiet „Kobach III“** erschlossen werden (400 TEuro). Zur Entlastung des Kanals in der Ortsdurchfahrt Fürfeld soll ein **Bypass von der Bonfelder Straße zur Schloßbergstraße** gebaut werden (350 TEuro).

Die Investitionen sollen wie folgt finanziert werden:

Einnahmen Vermögensplan

Darlehen	5.132.200 €
Abschreibungen	1.811.200 €
Abwasserbeiträge	818.700 €
Zuschüsse	269.000 €
Summe	8.031.100 €

Die ordentlichen **Abschreibungen** in Höhe von 1,8 Mio. € und die **Abwasserbeiträge** und **Zuschüsse** reichen nicht aus, um das Investitionsprogramm

zu finanzieren. Knapp zwei Drittel, nämlich 5,1 Mio. €, müssen über **Darlehen** finanziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der Rücklagenentnahme 2018 von 6,3 Mio. € haben wir bereits Ende 2018 absolut nichts mehr auf der hohen Kante, nur noch das gesetzliche Minimum. Die Ausgaben für Baumaßnahmen sind 2019 aber weiterhin mit 10,7 Mio. € auf sehr hohem Niveau. Womit finanzieren wir also unsere Investitionen? Mit einer Kreditaufnahme von 6,3 Mio. €. Die Verschuldung der Stadt steigt überproportional um 150 %, von 203 €/Einw. auf 504 €/Einw.. Damit schränken wir unsere Handlungsfähigkeit für die nächsten Haushaltsjahre extrem ein. Es dauert eine Generation, die Schulden abzubezahlen, die wir heute aufnehmen.

Zum Glück steigen die Einnahmen der öffentlichen Hand inzwischen das neunte Jahr in Folge. Aber damit ist noch lange nicht alles im grünen Bereich. Grundlage für die gute Einnahmesituation ist eine seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur. Aber das kann auch schlagartig vorübergehen. Ich kann mich noch gut an die Jahre 2009/2010 erinnern, als man die Wirtschaft nach der Finanz- und Bankenkrise mit umfangreichen Konjunkturprogrammen wieder ankurbeln musste. Sollte es der Wirtschaft irgendwann schlechter gehen, sinken die öffentlichen Einnahmen, nicht jedoch die Ausgabeverpflichtungen. Wir müssen unseren Haushalt so aufstellen, dass wir ihn auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ausgleichen können.

Es bedarf einer klaren Priorisierung, für was wir künftig unsere Steuereinnahmen verwenden wollen. Von voreiligen Investitionen hat niemand etwas. Deshalb gibt es erstmals eine Projektliste für zukünftige Maßnahmen, die in den kommenden 5 bis 20 Jahren auf der „Agenda“ stehen. Das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche uns eine gute und konstruktive Beratung.“

Fortsetzung des Sitzungsberichts folgt.